

Wir brauchen eine grundlegende und nachhaltige Rentenreform!

Mit bloßen Korrekturen ist es nicht getan!

Durch die Neufassung der sogenannten Rentenanpassungsformel ist die unter Konrad Adenauer 1957 eingeführte dynamische Rente praktisch ausgehebelt worden. Die Rentnerinnen und Rentner sollten nach dem Willen des damaligen Gesetzgebers an den Einkommenszuwächsen der im Erwerbsleben stehenden Angestellten und Arbeiter teilhaben. Die jetzt geltende Rentenanpassungsformel führt zu sich wiederholenden Nullrunden oder zu Minimalerhöhungen. Die Rentnerinnen und Rentner werden damit von den Einkommenszuwächsen der arbeitenden Bevölkerung ausgeschlossen. Nullrunden oder Minimalerhöhungen bewirken darüber hinaus, dass der Inflationsverlust nicht mehr ausgeglichen wird. Jahr für Jahr verlieren die Renten damit an Kaufkraft. Für viele Rentnerinnen und Rentner ist damit der Weg in die Altersarmut vorgezeichnet. Nur die Bezieher von größeren Renten können die jährlichen Kaufkraftverluste wirtschaftlich verkraften.

Minusrunden, also Rentenkürzungen, sollen vermieden werden. Aber ein rechnerischer Kürzungsbetrag auf Grund der geltenden Rentenanpassungsformel soll bei einer späteren Rentenerhöhung angerechnet werden. Noch ist eine solche Gegenrechnung den Rentnerinnen und Rentnern nicht präsentiert worden. Wenn dies geschieht, wird innerhalb der älteren Generation die Entrüstung groß werden und eine Propagandawelle der Opposition, unterstützt von den Sozialverbänden, wird die Wählerumfragen erschüttern. Nur „Haushaltspolitiker“ können sich eine derartige spätere Anrechnung von „eigentlichen“ Kürzungsbeträgen ausdenken. Wir erinnern an folgendes: Als Norbert Blüm für die Einführung eines durchaus maßvollen Demographiefaktors in die Rentenanpassungsformel sorgte, erklärte im Bundestagswahlkampf 1998 der damalige Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, dies sei eine sozialpolitische Schweinerei; als Kanzler werde er dafür sorgen, dass der Blüm'sche Demographiefaktor zurückgenommen wird. Diese Wahlkampfaussage von Gerhard Schröder hat die CDU viele Stimmen aus der Gruppe der älteren Wählerinnen und Wähler gekostet und ist mit ursächlich dafür geworden, dass die CDU 1998 die Regierung verloren hat.

Kein führender Politiker hat bislang erklärt, dass man zur dynamischen Rente in ihrer ursprünglichen Form zurückkehren werde, falls die Haushaltslage dies erlaube. Für die Rentnerinnen und Rentner gibt es also keinen Silberstreif am Horizont. Gerade für die Bezieher von mittleren und kleineren Renten wäre aber ein Hoffnungsschimmer besonders wichtig. Viele fühlen sich über die Rente abgestraft, weil sie älter werden und es in unserer Gesellschaft an Nachwuchs fehlt. Das ist gewiss falsch. Richtig aber ist, dass die demographische Entwicklung und ihre Folgen für die Alterssicherung seit mehreren Jahrzehnten bekannt waren. Wir wären als Partei gut beraten, wenn wir offen zugeben würden, auf diesem wichtigen sozialpolitischen Feld nicht rechtzeitig die notwendigen Entscheidungen getroffen zu haben. Ein solches Eingeständnis könnte auch helfen, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen.

Für die Pensionärinnen und Pensionäre gilt im Ergebnis ähnliches. Auch dieser Personenkreis muss über die Jahre sich addierende Kaufkraftverluste hinnehmen. Ihnen wird zudem das Weihnachtsgeld gestrichen und Beihilfeleistungen werden eingeschränkt. Die zu den höheren Besoldungsklassen gehörenden Ruheständler können die Kaufkraftverluste ihrer Pensionen gewiss noch verkraften. Aber insbesondere für die Angehörigen des einfachen und des mittleren Dienstes führt die fortgesetzte Verletzung der den Dienstherren obliegenden Fürsorgepflicht zu einem immer schwerer zu ertragenden Sozialabbau.

Auch für die jungen Menschen, die in den ersten Jahren ihrer Berufstätigkeit als Angestellte oder Arbeiter stehen, ist die Zukunftsperspektive düster. Im jetzigen Rentensystem gibt es drei Stell-schrauben:

1. man kann den Rentenbeitragssatz erhöhen oder senken;
2. man kann den steuerfinanzierten Zuschuss in die Rentenkasse aufstocken oder kürzen und
3. man kann die Renten erhöhen oder senken. Die demographische Situation wird sich in den nächsten Jahren noch weiter verschlechtern. Es ist unrealistisch anzunehmen, dass diese Schwierigkeit allein mit einer Erhöhung des steuerfinanzierten Zuschusses in die Rentenkasse aufgefangen wird. Wir meinen, dass eine Anhebung des Rentenbeitragssatzes sehr wahrscheinlich ist und mit einer allgemeinen Kürzung der Renten durchaus gerechnet werden muss. Aber auch wenn es keine allgemeine Kürzung der Renten geben sollte, müssen die jüngeren Menschen sich darauf einstellen, immer mehr in die Rentenversicherung einzuzahlen und im Alter von Renten zu leben, deren Kaufkraft erheblich geringer ist als heute. Für sie wird also die Generationenbilanz immer negativer.

Wenn heute die jungen Erwerbstätigen von den Politikern aller Parteien aufgefordert werden, eine die gesetzliche Rente ergänzende private Altersvorsorge aufzubauen, so muss die Politik sich von ihnen mit Recht entgegenhalten lassen: Das mögen die Gutverdienenden sich leisten können! Wer aber nur über ein mittleres oder kleines Monatseinkommen verfügt, ist insbesondere dann überhaupt nicht in der Lage, die für eine ausreichende private Altersvorsorge notwendigen Geldbeträge aufzubringen, wenn Kinder unterhalten und ausgebildet werden!

Wir in der Senioren-Union haben volles Verständnis dafür, dass die jüngeren Angestellten und Arbeiter von der bisherigen Rentenpolitik enttäuscht sind. Wir stimmen mit ihnen überein, dass sie vor unzumutbaren Belastungen geschützt werden müssen. Auch muss ihnen eine verlässliche Perspektive auf einen Lebensabend frei von drückenden wirtschaftlichen Sorgen gegeben werden.

Für die jüngeren Beamtinnen und Beamten gilt ähnliches. Es liegt auf der Hand, dass Verschlechterungen im Rentensystem zeitgleich oder allenfalls mit einer kurzen Verzögerung auf die Beamten-schaft übertragen werden. Die Politik wird hierzu schnell bereit sein, nicht nur um Geld bei den Bezügen und Pensionen zu „sparen“, sondern auch, um die in der Öffentlichkeit weit verbreitete Ansicht, die Beamten seien besser gestellt als die Angestellten und Arbeiter, vorsorglich entgegenzutreten. Da den Beamten kein Streikrecht zusteht, werden sie ein solches Vorgehen ihrer Dienstherren hinnehmen müssen.

Was also ist zu tun? Die Antwort kann nach unserer Auffassung nur heißen: Der Flickenteppich von finanz- und haushaltspolitischen Aushilfen muss zusammengerollt und endgültig weggebracht werden. Er gehört dahin, wo der „Generationenvertrag“ sich schon befindet, nämlich in die Abstellkammer der Sozialpolitik. Wir brauchen eine grundlegende und nachhaltige Reform der Alterssicherung. Das Gebäude dieser reformierten Alterssicherung muss auf der grünen Wiese neu errichtet werden. Und damit es funktioniert, müssen die Zugänge aus wohl durchdachten und sozial verträglichen Übergangsregelungen bestehen.

Wer sich an dieses Werk macht, muss über die Grenzzäune sehen und positive Erfahrungen anderer Länder nutzen. Er muss die mit der Globalisierung der Wirtschaft bereits eingetretenen und noch weiter zu erwartenden Beschädigungen unseres Sozialgefüges, insbesondere den Verlust von Arbeitsplätzen und die sich bei den Langzeitarbeitslosen deutlich abzeichnende Verarmung und Hoffnungslosigkeit genau so berücksichtigen, wie die offenkundige Tatsache, dass die öffentlichen Haushalte trotz aller Sparanstrengungen noch auf viele Jahre hinaus „Schuldenhaushalte“ bleiben werden. Wer diese Reform will, muss schließlich ohne jede ideologische Voreingenommenheit die

ganze Bandbreite der denkbaren Reformmodelle – von der totalen Steuerfinanzierung bis hin zur völligen Privatisierung – sorgfältig prüfen und bewerten. Er muss sich schließlich auch vor Augen halten, dass die Verantwortung gegenüber der jungen Generation die Mühen eines solchen Reformwerkes erfordert. Wir Älteren haben den Wiederaufbau unseres Vaterlandes aus den Trümmern eines sinnlosen Krieges mit gestaltet oder wenigstens miterlebt. Wir kennen noch Hunger und Kälte. Wir treten jetzt mit Entschlossenheit dafür an, unsere Kinder und Enkel von ihren Zukunftsängsten zu befreien.

Mit dieser Reformarbeit werden Leistungswille und Leistungsfähigkeit zunächst der Bundesregierung und der Bundestagsabgeordneten, aber auch der Landesregierungen und der Landtagsabgeordneten herausgefordert. Wir wissen, wie groß der tagespolitische Druck auf den Regierungen und den Abgeordneten lastet. Aber wir wissen auch, dass die Politik sich vor dieser Aufgabe auf Dauer sowieso nicht drücken kann. Die Zeit der Aushilfen und des Schönredens ist bald vorbei!

Wir halten es für geboten, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien ihren Rentenreformplan spätestens sechs Monate vor der nächsten Bundestagswahl der Öffentlichkeit vorlegen. Danach sollte eine Kommission aus wirklich unabhängigen Sachverständigen diese Pläne prüfen, bewerten und ihr Ergebnis ebenfalls öffentlich bekannt machen. Im Wahlkampf wird dann darüber gestritten werden können, welches Reformkonzept besser ist. Die Wählerinnen und Wähler könnten also mit ihrem Kreuz in der Wahlkabine über den von ihnen gewünschten Reformweg entscheiden. Sie hätten klare, von keinem Koalitionshickhack zerfaserte und verwässerte Alternativen. Ein solches Vorgehen würde dem Prinzip des mündigen Bürgers gerecht werden.

Wenn dieser Erörterungs- und Entscheidungsprozess in unserer Partei begonnen hat, wird die Senioren-Union sich daran konstruktiv beteiligen. Ohne die Einbindung aller Parteigremien in diesen Prozess wird aber nach unserer Auffassung kein ausreichend fester Grund gefunden werden können. Die Gesamtpartei ist gefordert. Denn sie ist es schließlich auch, die dieses Reformkonzept im Wahlkampf gegenüber den Wählerinnen und Wählern zu vertreten hat.

Wir sind uns in der Senioren-Union durchaus bewusst, dass eine solche grundlegende und nachhaltige Reform der Alterssicherung insbesondere im Rahmen der notwendigen Übergangsregelungen zu weiteren Einschränkungen und auch neuen Belastungen führen kann. Wir erklären hier noch einmal in aller Deutlichkeit: Wir sind dazu bereit. Wir sind nicht die gierigen Alten. Aber wir fordern Sicherheit, Verlässlichkeit und Gerechtigkeit für uns und die nachwachsenden Generationen.